

# LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

## Karl und Rosa 2010

Auch in diesem Jahr fand am zweiten Sonntag im Januar die traditionelle Gedenkveranstaltung zu Ehren Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde statt. Auch

einige Genossinnen und Genossen aus unserem Kreisverband ließen sich durch das relativ schlechte Wetter mit Schneefall nicht davon abhalten, rote Nelken zu Ehren der Ermordeten niederzulegen. <

## Trotz alledem!

Wir gingen oft in langer Reihe  
Schweigend an eurem Grab vorbei.  
Und rote Blüten regneten  
Aus tausend Händen ins Gesträuch,  
Auf daß wir euch  
Mit unsrer Liebe segneten.

Wir wurden alle Jahre mehr.  
Wir wurden unbequem.  
Da stand der Feind mit dem Gewehr.  
Gewehre trieben uns nicht fort.  
Denn aus dem Grabe kam das Wort:  
Trotz alledem!

Wir kamen wieder, nicht voll Gram;  
Wir kamen wie ein Heer.  
Das Wort, das aus dem Grabe kam,  
Das hat sich uns ins Herz gebrannt,  
Hat uns ermutigt und ermannt,  
Wir wurden mehr.

Wir wurden mehr. Doch unser Feind  
Brach heimlich über uns herein.  
Er riß vom stummen Grab den Stein  
Und trat in wilder Wut  
Die Blüten in die Erde ein  
Und säte Blut.

Doch alle Jahre blüht es neu,  
Der Fremde steht und flüstert schau:  
„Hier war ein Grab. Von wem?“  
Der andere flüstert: „Hörst du nicht  
Das Wort, das aus der Erde spricht:  
Trotz alledem.“

Ihr Leichenschänder ohne Scham;  
Das Wort, das aus dem Grabe kam,  
Klingt euch nicht angenehm.  
Karl Liebknecht lebt in unsern Reihn.  
Hell über Deutschland donnert sein  
TROTZ ALLEDEM!

*Erich Weinert, Moskau 1936 - Nach der Zerstörung des Berliner Grabdenkmals von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg*

## Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



*Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe*

**Seite 4**

## Zitiert ...

*Erziehung ist organisierte Verteidigung der Erwachsenen gegen die Jugend.*

*Mark Twain (1835-1910)*

# Klausurtagung

**Gemeinsame Klausur des Kreisvorstandes DIE LINKE. Teltow-Fläming und der Kreistagsfraktion am 15. und 16. Januar 2010 in Dahme/Mark**

Zentrale Themen der Klausur waren der Haushalt 2010 sowie die Weiterführung der Doppik, die Sicherung sozialer Leistungen im Kreis einschließlich Fragen der Arbeitsförderung und das Agieren der LINKEN auf Bundesebene.

In Anbetracht sich verschlechternder Rahmenbedingungen durch Krise, weniger Finanzzuweisungen, zukünftig zurückgehende Gemeindesteuereinnahmen steht der Haushalt 2010 unter keinem guten Stern und wird zur ersten Belastungsprobe für die Kooperation im Kreis.

Durch die Beschlüsse der schwarz-gelben Bundesregierung werden weitere finanzielle Einschnitte auf die Kommunen zukommen. Weniger Steuern für die Großen bewirken fehlende Einnahmen für die Länder und Kommunen und damit sind weitere Belastungen programmiert.

Kleine Zugeständnisse wie die Erhöhung des Kindergeldes folgen dem Prinzip: „Linke Tasche – Rechte Tasche“ und werden durch Belastungen wie die durch finanzielle Einschränkungen der kommunalen Möglichkeiten doppelt und dreifach wieder genommen.

Besonders bezeichnend ist auch der Fakt, dass Hartz-IV-Empfänger von diesen Leistungen generell ausgeschlossen sind.

Aktuell stehen beim Haushalt, so Frau Pieper, Kämmerin des Kreises, jetzt schon ca. 5,8 Millionen Euro Mindereinnahmen bei Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen zu Buche. Weitere Ausgaben werden erwartet in Anbetracht der Tarifauseinandersetzungen im kommunalen öffentlichen Dienst. Gegenwärtig plant die Verwaltung mit zwei Prozent, was 1,1 Millionen Euro Mehrausgaben bedeuten würde.

Für DIE LINKE steht außer Frage, dass das Verhandlungsergebnis umgesetzt wird. Auch die Entschei-

dung der Bundesregierung, sich aus der Finanzierung der Kosten der Unterkunft weiter zurückzuziehen und den Bundesanteil von 26,4% auf 23% zu verringern, bewirkt eine zusätzliche Belastung von mindes-



*Lutz Amsel, Erster Beigeordneter im Landkreis Märkisch-Oderland mit Maritta Böttcher* Foto:F. Thier

tens 230.000 Euro für den Kreis. Die Hartz-IV-Gesetzgebung wird damit weiter verschärft zu Lasten der Betroffenen und Kommunen.

DIE LINKE wird sich damit nicht abfinden und den öffentlichen Druck erhöhen bzw. unterstützen.

So steht für uns auch außer Frage, dass die sogenannten Freiwilligen Leistungen in Höhe von 2,5 Millionen Euro für Kultur, Sport und Soziales von Kürzungen verschont bleiben. Die Terminierung der Verwaltung, den Haushalt im März 2010 in den Haushalts- und Finanzausschuss einzubringen, wurde zur Kenntnis genommen wie auch die Information, dass die Eröffnungsbilanz nach wie vor im Prozess der Rechnungsprüfung ist.

Bei der Diskussion über die immer noch fehlende Richtlinie des Landkreises für die Kosten der Unterkunft bekräftigte DIE LINKE ihren Standpunkt, dass diese jetzt zügig umgesetzt werden muss, um endlich

Rechtssicherheit für die Betroffenen und den Landkreis zu haben. Es ist der falsche Weg, die Richtlinie danach zu schreiben, was sich der Landkreis leisten kann. Natürlich sind die gesetzlichen Grundlagen einzuhalten, es sind aber auch Spielräume der gesetzlichen Ausgestaltung zu nutzen im Sinne der Betroffenen.

Ausgehend von den Erfahrungen im Landkreis Märkisch-Oderland will DIE LINKE die große Differenzierung der Betriebskosten der Wohnungsunternehmen im Landkreis bis zu 100 Prozent erneut hinterfragen und daran festhalten, dass es möglich sein muss, Von-bis-Spannen bei den Mietkosten zu regeln, um Ghettoisierungen vorzubeugen und um zu sichern, dass auch modernisierte Wohnquartiere genutzt werden können.

Die Personaldiskussionen der LINKEN auf Bundesebene werden von der LINKEN in Teltow-Fläming kritisiert. Es muss schnell zur gemeinsamen Arbeit zurückgefunden werden. Dabei sind die Gemeinsamkeiten aller Mitglieder der Partei deutlich vor die Differenzen zu stellen, der Meinungspluralismus ist als positive Entwicklungsbedingung für eine moderne LINKE zu verstehen und auf eine vorsätzliche Personifizierung inhaltlicher Konflikte ist zu verzichten. Nur so werden die Klärung und zugleich die in einer pluralistischen Partei unverzichtbare Akzeptanz der Unterschiede in den Auffassungen möglich, ohne die Arbeit einer neuen demokratischen linken Partei existenziell zu gefährden.

*Kornelia Wehlan,  
Kreisvorsitzende*

## Einer von uns

**Tina: Ingo, stell Dich doch zunächst bitte unseren Lesern vor.**

*Ingo:* Mein Name ist Ingo Thiedemann, ich bin 46 Jahre alt, Vater von drei Söhnen und wohne seit 2001 in Mahlow in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow. Geboren bin ich in Wittenberge, in der Prignitz, damals noch zum Bezirk Schwerin zugehörig. In der Bezirkshauptstadt Schwerin habe ich auch meine Lehre zum Maschinen- und Anlagenmonteur mit Abitur abgeschlossen. 1993 bin ich dann zur Offiziershochschule nach Löbau gegangen, um dort Politoffizier zu werden.

Mit 23 Jahren wurde ich im Standort Hagenow als Politstellvertreter einer Mot.-Schützen-Kompanie eingesetzt. Ich habe dort verschiedene Aufgaben wahrgenommen. Ich war Partei- und Sportgruppenorganisator, FDJ-Sekretär sowie Vorsitzender der FDJ-Revisionskommission des Mot.-Schützenregiments, in dem ich meinen Dienst versehen habe.

Mit dem Umbruch in der DDR und dem Fall der Mauer war für mich die Arbeit in den bewaffneten Organen der DDR vorbei. Für mich hieß es jetzt, mich neu zu finden, in einem anderen System, mit anderen Arbeitsaufgaben, vorerst noch als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kreisleitung der PDS Hagenow, dann nach einer kaufmännischen Umschulung in verschiedenen kaufmännischen Bereichen, bis ich 1995 in Berlin gelandet und Beamter im Strafvollzug geworden bin.

Im Jahr 2000 bin ich aus meinem Interesse an der Jugendarbeit nach Mahlow gekommen, wo ich mich seitdem ehrenamtlich engagiere und mit der Wahl meines Wohnsitzes 2001 hierher auch geblieben bin.

**Tina: Was motiviert Dich täglich aufs Neue, linke Politik zu machen?**



**Ingo Thiedemann**

*Ingo:* Eigentlich nehme ich diese Motivation aus meiner eigenen Entwicklung und der Entwicklung unseres Landes. Linke Politik in diesem Staat ist die menschlichste und soziale, dafür brauche ich mich nicht zu motivieren, das ist Motivation genug. Und die Erfolge auf allen Entscheidungsebenen geben uns recht.

Der Einsatz für die sozial Schwachen im Land, der Kampf um bessere Bildung, die Stärkung der Arbeitskräfte und der damit verbundene ökonomische Aufschwung und viele andere Probleme lassen mich täglich neu darüber nachdenken, was wir noch anders und vor allem besser machen können, damit es den Menschen im Land besser gehen kann. Für mich gibt es da keine Alternative.

**Tina: Welche Auswirkungen der politischen Arbeit siehst Du vor Ort?**

*Ingo:* Als LINKE sind wir in allen wichtigen parlamentarischen, aber auch in außerparlamentarischen Gremien vertreten und können dort unsere Politik vertreten. Ob in der

Gemeindevertretung und ihren Ausschüssen oder in Vereinen und Verbänden oder auch Elternvertretungen. Überall dort machen wir linke Politik. So leisten wir natürlich auch einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung unserer Gemeinde.

Besonders möchte ich den Einfluss unserer Partei erwähnen beim Kampf um den Lärmschutz, der besonders durch die Auswirkungen des Ausbaus des Großflughafens BBI notwendig geworden ist. Oder die Verbesserungen der Lernbedingungen in unseren Schulen sowie der Einfluss auf Straßen- und Wegebaumaßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur innerhalb unserer Gemeinde.

Und das alles immer mit Blick auf die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Menschen ohne große finanzielle Belastungen. Das sind nur ein paar Beispiele, die zeigen sollen: Unsere politische Arbeit trägt auch Früchte.

**Tina: Was denkst Du über die wichtigsten Aufgaben der jüngeren Generation innerhalb der Partei, wie kann man sie umsetzen?**

*Ingo:* Ich glaube, es ist besonders für das Überleben der Partei wichtig, die junge Generation an Aufgaben heranzuführen, die noch von den erfahrenen Genossen in unserer Partei getragen werden. Bei der Arbeit in den Parlamenten, in Vorständen, aber auch bei der Programmdiskussion sollte ihnen besonders Gehör geschenkt werden. Denn nicht nur neue Gesichter gehören dazu, sondern auch neue und moderne Gedanken, die bei der Erneuerung der Partei eine wichtige Rolle spielen.

Umsetzen kann man das zum Beispiel durch die Förderung von jungen Genossen, Einbeziehung in Entscheidungsgremien und die

*Forstsetzung Seite 4*

# Linke Politik im Landtag

## Kartoffelstärkefabrik in Golßen sichern

Aus aktuellen Informationen geht hervor, dass die Stärkefabrik in Golßen noch in diesem Jahr ihre Produktion einstellen wird.

Dadurch werden Kartoffelproduzenten, besonders im südlichen Teil Brandenburgs vor sehr schwierige Probleme gestellt, haben sie doch in den zurückliegenden Jahren enorme Anstrengungen und Investitionen in diesem Bereich unternommen. Auch stehen mit der dann notwendigen Verarbeitung der Stärkekartoffeln im über 200 Kilometer entfernten Kyritz enorme Transportaufwendungen zu Buche und müssen zusätzliche Investitionen getätigt werden, um notwendige Zwischenlagerkapazitäten zu schaffen. All diese Probleme lassen vermuten, dass der dann notwendige Aufwand für die Kartoffelproduzenten nicht

mehr wirtschaftlich ist und man sich von der Kartoffelproduktion verabschieden wird, die aber im Verhältnis zu anderen landwirtschaftlichen Produkten ein größeres Arbeitskräftepotenzial sichert.

## Deutsche Bahn AG mit S-Bahn-Verkehrsproblem

Seit Monaten sind die Fahrgäste der S-Bahn mit immer neuen Problemen konfrontiert, die ihre Mobilität stark einschränken oder sogar unmöglich machen. Jahrelang vernachlässigte Wartungen und Kontrollen durch die Deutsche Bahn werden jetzt gerade zu winterlichen Zeiten auf dem Rücken der Kunden ausgetragen, die täglich zum und vom Arbeitsplatz auf die Nutzung der S-Bahn angewiesen sind.

Insbesondere die Pendler setzten Zeit und auch Geld daran, pünktlich zur Arbeit zu kommen. Vonseiten der Deutschen Bahn AG und der Bundes-



regierung wird im Sinne ihrer Verwertungsstrategie eher beschwichtigt und vertröstet als energisch umgesteuert. Das Land Brandenburg ist Vertragspartner der S-Bahn und trägt Verantwortung im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg.

Es müssen konkrete Schritte unternommen werden, die korrekte Vertragseinhaltung zwischen der Bundesregierung und der DB AG zu gewährleisten. <

Kornelia Wehlan, MdL, Wahlkreisbüro Luckenwalde, Zinnaer Straße 36, Tel: 03371-406544, [www.konni-wehlan.de](http://www.konni-wehlan.de)

*Fortsetzung von Seite 3*

Fortbildung und den Erfahrungsaustausch mit den erfahrenen Genossen. Nur so, denke ich, kommen wir auch in unserer politischen Arbeit weiter.

## Tina: Welche Möglichkeiten siehst Du, junge Menschen für Politik zu sensibilisieren?

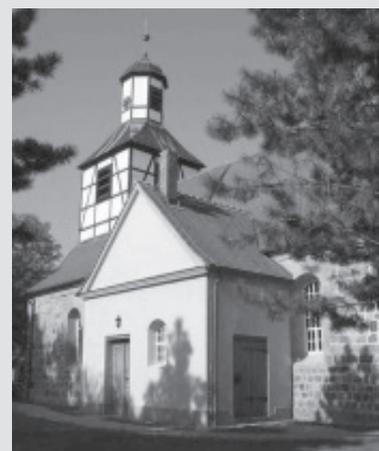
*Ingo:* Es ist heute sehr schwer, an die jungen Menschen in unserer Gesellschaft mit politischen Themen heranzukommen. Oft fehlen dazu das persönliche Interesse und der Einfluss z. B. innerhalb der Familien. Umso wichtiger ist es, immer wieder auf junge Menschen zuzugehen, sie in allen Lebenslagen zu unterstützen und mit ihren Problemen ernst zu nehmen. Ich denke, nur durch wirklich kontinuierliche Arbeit mit jungen Menschen kann man diese auch für Politik begeistern.

Die Großeltern und Eltern müssen wieder versuchen, bei ihren Kindern und Enkelkindern zu Hause durch politische Diskussionen das Interesse für Politik zu wecken. Sie dürfen nicht mehr länger nur sich selbst überlassen werden. Und es muss ihnen auch deutlich gemacht werden, dass man nur etwas erreichen kann, wenn man für etwas steht. Auch wenn es hier und dort mal Rückschläge geben kann, wir müssen Politik noch mehr erlebbar und transparenter machen. Diesbezüglich haben wir noch einen langen Weg zu beschreiten, aber ich bin mir sicher, dass wir das schaffen werden und in einigen Jahren stärker denn je sind.

*Tina: Vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen Dir weiterhin viel Erfolg in Deiner Arbeit.*

*Tina Senst, Luckenwalde*

## Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen in der letzten Ausgabe war die Dorfkirche in Blankenfelde, die aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhundert stammt und nunmehr unter Denkmalschutz steht. Blankenfelde selbst wurde 1375 erstmals urkundlich erwähnt. <

## BBI: Schutz vor Fluglärm muss Chefsache werden

Im nächsten Jahr geht der Großflughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) ans Netz. In einer Pressemitteilung der Genossin Kornelia Wehlan vom 15.11.2009 stand diesbezüglich zu lesen: „DIE LINKE bleibt bei ihrer Unterstützung aller Aktivitäten für einen optimalen Lärmschutz für die Betroffenen.“

Im Oktober 2009 publizierte die Brandenburger Planfeststellungsbehörde, ihres Zeichens Teil des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL), den Ergänzenden Planänderungsbeschluss „Lärmschutzkonzept BBI“ (EPB-BBI). Dieser sieht für die Nachtrandzeiten (23 bis 24 Uhr und 5 bis 6 Uhr) rund acht Flugbewegungen (Starts und Landungen) je Stunde vor. Auch schließt er weitere außerordentliche nächtliche Flugbewegungen nicht aus, so dass die Bürger des BBI-Umlands dem Lärm von maximal 113 Starts und Landungen pro Nacht ausgesetzt sein werden. Zum Vergleich: 2008 verursachten die drei Berliner Flughäfen zusammen im Schnitt 42,5 Flugbewegungen je Nacht.

Die Nachtflugbestimmungen des EPB-BBI widersprechen dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig vom März 2006, das die Betreiber eines Großflughafens in einem dicht besiedelten Gebiet dazu verpflichtet, wirtschaftliche Nachteile zugunsten des Lärmschutzes der Anwohner in Kauf zu nehmen. Dies gilt in besonderem Maße für die Nachtzeit, in der sich Körper und Geist von den Anforderungen des Tages erholen sollen. Die Umsetzung des EPB-BBI bedeutete die Zerstörung von Nachtruhe und Gesundheit Tausender Menschen. Deshalb werden sowohl betroffene Bürger als auch Gemeinden gegen ihn klagen.

Klagen gegen milliardenschwere Großprojekte wie den BBI sind für Privatkläger sehr teuer. Sie müssen Anwalts-, Gerichts- und Gutachterkosten in Millionenhöhe stemmen.

Die Gemeinden können ihnen dafür leider aus kommunalrechtlichen Gründen keine Haushaltsmittel zur Verfügung stellen und sind zudem auch nur gegen die Verletzung von Belangen öffentlicher Einrichtungen, nicht aber der Grundrechte ihrer Bürger klageberechtigt. Wir begrüßen daher die Initiative unserer Landtagsfraktion vom November 2009, die finanzielle Unterstützung von privaten Klägern durch das MIL prüfen zu lassen. Doch leider bewertet das Ministerium den EPB-BBI als „rechtmäßig“ und sieht keinen Raum für eine solche Unterstützungsmaßnahme.

Unsere im Landtag sitzenden Genossen müssen jetzt unbedingt am Ball bleiben und prüfen, welche Formen von Hilfe für die Kläger jenseits von stets billig zu habender „moralischer Unterstützung“ möglich sind. Sie dürfen nicht vergessen, dass das Land Brandenburg zu den Betreibern des BBI gehört. Schon allein deshalb darf sich die rot-rote Landesregierung beim Lärmschutz nicht aus der Verantwortung stehlen. Sie muss dafür sorgen, dass alle in Einflugschneisen liegenden öffentlichen und privaten Gebäude einen optimalen Lärmschutz erhalten, wobei Kostenerwägungen keine Rolle spielen dürfen. Darüber hinaus benötigen die betroffenen Gemeinden für Einrichtung und Betrieb von Lärm- und Feinstaubmessstationen sowie Katastrophenschutz Mittel aus dem Landeshaushalt. Bei all dem geht es nicht zuletzt auch um die Glaubwürdigkeit unserer Partei. Zu den Grundüberzeugungen der LINKE zählt die Maxime, dass die Gesundheit von Menschen Wirtschaftlichkeitserwägungen nicht zum Opfer gebracht werden darf. Man wird uns zu Recht daran messen, ob wir unseren Worten auch Taten folgen lassen.

*Günter Stirnal und Alexander Fröhlich, DIE LINKE. Blankenfelde-Mahlow*

## Nadie es una Isla

Unter diesem Motto hatten wir in im November unsere Bitte veröffentlicht, die unermüdlichen Spendensammler aus dem Saarland, Martine und Karl Schilp, mit Sach- oder Geldspenden für die Cuba-Hilfe zu unterstützen. Aus Gesprächen und Telefonaten wusste ich, dass sich einige Leser unseren Aufruf zu Herzen genommen hatten. Die Bestätigung kam in Form eines Dankesbriefes von Martine und Karl an den Kreisvorstand. Über unsere Zeitung reichen wir ihren Dank an unsere Spender weiter.

Beide hatten so viele Hilfsgüter organisiert, dass 10,7 Tonnen zusammengekommen waren! Leider konnten Martine und Karl aus gesundheitlichen Gründen nicht selbst nach Cuba fliegen, um die leuchtenden Augen bei der Verteilung der Hilfsgüter zu sehen. Aber die langjährigen Partner und guten Freunde aus Holguin haben berichtet, dass z.B. drei Krankenhäuser und diverse Kliniken mit dringend benötigtem Material versorgt werden konnten. Bei der Verteilung von Kinderbekleidung wurden die Gebiete besonders berücksichtigt, in denen die Hurrikans am schlimmsten gewütet hatten.

Karl bereitet schon die nächste Hilfsaktion 2010 vor – Martine muss erst noch gesund werden. Diese Aktion steht unter dem Motto „Gracias a la Vida“ (Danke an das Leben). Ich denke, dass wir in unserer Solidarität mit Cuba auch 2010 spenden werden, um den Cubanern in ihrem Kampf um ein menschenwürdiges Leben zu helfen, so gut wir es können. Geldspenden können auf folgendes Konto überwiesen werden:

*Karl und Martine Schilp,  
Postbank Saarbrücken,  
BLZ: 59010066,  
Kontonummer: 20282666,  
Verwendungszweck: Gracias a la Vida*

Dringend benötigt wird auch Kinderbekleidung (keine Wintersachen). Wer mit Sachspenden helfen will, erfrage die Adresse bei der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE Luckenwalde.

Den herzlichen Dank für bisherige Spenden reiche ich gern im Namen des Kreisvorstandes an die solidarischen Unterstützer weiter.

*Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal*

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

### Respektloser Umgang

Die Erklärung von Dietmar Bartsch zeigt, was wir inhaltlich und in Respekt vor den Leistungen einzelner in unserer Partei noch verändern müssen. Unsere Partei ist das Werk unzähliger engagierter Menschen in Ost und West. Genauso richtig ist aber auch: Die PDS hätte es ohne Gregor Gysi und Dietmar Bartsch nicht gegeben und DIE LINKE nicht ohne Oskar Lafontaine, Gregor Gysi, Dietmar Bartsch und viele andere.

Deswegen ist es gut, dass Dietmar Bartsch sich weiter politisch und programmatisch stark in die Arbeit der Partei einbringen will. Er leistet damit einen Beitrag, damit die jetzige Krise nicht nur überwunden, sondern auch produktiv aufgelöst werden kann. Wir brauchen eine offene programmatische und strategische Debatte, bei der die unterschiedlichsten Erfahrungen der Partei in West und Ost, in Bund und Ländern beherzigt und auf dieser Grundlage die Wege bestimmt und präzisiert werden, auf denen unsere gemeinsamen Ziele weiter verfolgt werden können.

Gesellschaftliche Opposition und politischer Gestaltungsanspruch gehören zusammen. Sie sind keine Gegensätze für eine Partei, die mit beiden Beinen im gesellschaftlichen Leben steht.

Diese Auseinandersetzung muss offen geführt und kann nicht durch die Ausgrenzung von Führungspersönlichkeiten beendet werden. Sie ist Sache der gesamten Partei; ihre Ergebnisse müssen von der gesamten Partei entschieden werden.

### Rückkehr zur politischen Sacharbeit

Dieses Motto zieht sich wie ein roter Faden durch die Erklärung des geschäftsführenden Parteivorstandes. Die seit Monaten öffentlich geführte Personaldebatte hat der LINKEN geschadet. Statt mit unseren

Inhalten waren wir fast ausschließlich mit Personalfragen in der Öffentlichkeit. Wir respektieren, dass unser Vorsitzender, Oskar Lafontaine, am 23. Januar 2010 unter Berücksichtigung seines Gesundheitszustandes entschieden hat sich aus der Bundespolitik zurückzuziehen. Wir respektieren ebenso die Entscheidung unseres Bundesgeschäftsführers, Dietmar Bartsch, auf dem nächsten Bundesparteitag nicht mehr anzutreten, und danken ihm für seine Verdienste.

Wir werden aus den Vorgängen der letzten Monate lernen: Personaldebatten, die über die Medien geführt werden, akzeptieren weder unsere Mitglieder noch unsere Wähler. Der Geschäftsführende Parteivorstand wird unter Mitwirkung des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Gregor Gysi, und nach Beratung mit den Landesvorsitzenden, rechtzeitig vor dem Parteitag den zuständigen Gremien einen Vorschlag zur Architektur der künftigen Parteiführung und einen Vorschlag für die Besetzung der Führungspositionen unterbreiten, der der Pluralität unserer Partei Rechnung trägt und die verantwortungsvolle Zusammenarbeit sichert.

Zudem werden wir weitere Maßnahmen ergreifen, die die Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westlandesverbänden befördern, z.B. gemeinsame Veranstaltungen von Gremien unserer Partei aus den alten und neuen Bundesländern, die vereinbarten Basiskonferenzen im Zuge der Programmdebatte, Partnerschaften zwischen Kreisverbänden sowie die Intensivierung der politischen Bildungsarbeit dergestalt, dass der produktive Austausch in inhaltlichen Fragen zwischen den unterschiedlichen Traditionen in den Mittelpunkt rückt. Damit leisten wir unseren Beitrag dazu, dass unsere Partei schnell zur politischen Sacharbeit zurückkehren kann.

Wir bitten alle Mitglieder und



Gliederungen daran mitzuarbeiten, dass die Handlungsfähigkeit der Partei gestärkt wird. Unser zentrales Versprechen lautet, dass wir als geeinte soziale Kraft für Frieden, Gerechtigkeit und einen demokratischen Aufbruch streiten. Wir wollen effektiv gegen Armut, Gewalt, soziale Ausgrenzung und Rechtsextremismus kämpfen. Trotz aller notwendigen Debatten gelingt das nur als gemeinsam handelnde Partei.

Unsere Partei als starke LINKE ist wichtiger denn je. Die chaotisch agierende schwarz-gelbe Bundesregierung ist sich nur in dem Bestreben einig, die Lasten der Krise auf die Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentner und Erwerbslosen abzuwälzen. Sie betreibt neoliberale Politik, die geradezu nach gesellschaftlichem Widerspruch und Widerstand verlangt. SPD und Grüne spielen im Bundestag nur Opposition. Sie verfügen weder über die Kraft noch über die notwendige Glaubwürdigkeit für einen Gegenentwurf zu Schwarz-Gelb.

Eine handlungsfähige LINKE ist notwendig, um innerhalb und außerhalb der Parlamente Widerstand gegen die schwarz-gelbe Sozialkahl-schlag-Agenda zu leisten und die neue soziale Idee stark zu machen.

Gleichzeitig steht DIE LINKE in der Verantwortung, gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften Projekte als Gegenentwurf zur schwarz-gelben Politik zu entwickeln, die gesellschaftlich mehrheitsfähig werden.

*Fortsetzung auf Seite 7*

Fortsetzung von Seite 6

Vor einem Jahr hat DIE LINKE mit dem Wiedereinzug in den hessischen Landtag einen erfolgreichen Start ins Superwahljahr 2009 erreicht. Wir haben diesen und alle weiteren Erfolge als gemeinsam agierende Partei erkämpft. An diese Erfahrung des vergangenen Jahres werden wir anknüpfen. In den nächsten Monaten lautet unser vorrangiges Ziel deshalb, den Einzug in den Landtag von Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Nur eine Linksfraktion garantiert eine starke soziale Stimme im Düsseldorf-Landtag. Nur wenn DIE LINKE den Einzug in den Landtag schafft, gibt es eine glaubwürdige Alternative zu Schwarz-Gelb in NRW. Wir rufen Euch auf: Unterstützt den Wahlkampf der Genossinnen und Genossen in NRW!

Gleichermaßen sind wir außerparlamentarisch aktiv. Dazu gehört für uns, Sozialabbau und Privatisierung öffentlicher Leistungen genauso entgegenzutreten wie Rassismus, Neofaschismus und Krieg. Ein breites gesellschaftliches Bündnis mobilisiert gegenwärtig in Ost und West gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden. DIE LINKE unterstützt dieses Bündnis.

Wir rufen alle Mitglieder und Sympathisanten auf, am 13. Februar nach Dresden zu kommen, um die Nazis zu stoppen. Die Friedensbewegung bereitet vielfältige Aktionen gegen die Aufstockung des Bundeswehrmandates am 28. Januar und 20. Februar vor.

DIE LINKE wird diese Aktivitäten aktiv unterstützen. Wir wollen und werden die Programmdebatte dazu nutzen, gemeinsam unsere inhaltlichen und strategischen Positionen weiterzuentwickeln. Das wird nicht ohne inhaltliche Auseinandersetzung gehen. Eine solche Auseinandersetzung kann unsere Partei aber attraktiv machen; wenn sie kulturvoll abläuft wird sie ein Gewinn für die Gesamtpartei sein. Wir müssen DIE LINKE stärken.

*Maritta Böttcher, Jüterbog*

## Gründungsphase der Partei DIE LINKE abgeschlossen

Oskar Lafontaine formulierte in seiner Rede auf dem Neujahrsempfang in Saarbrücken: „Mit 11,9 % der Stimmen sind wir in den Deutschen Bundestag eingezogen. Wir haben bei der Bundestagswahl 5.155.933 Wählerinnen und Wähler für uns gewonnen, mehr als die Grünen und mehr als die CSU, sind jetzt nicht nur in sechs ostdeutschen, sondern auch in sechs westdeutschen Landtagen vertreten, vielleicht auch bald in Nordrhein-Westfalen.“

Mit der Gründung der Partei DIE LINKE wollten wir vor allem die Außenpolitik und die Wirtschafts- und Sozialpolitik verändern. Diese Veränderungen sind in vollem Gange.“

Die Medien gehen „bei linken Parteien immer nach dem gleichen Muster vor. Sie unterscheiden zwischen angeblichen Realpolitikern und Pragmatikern auf der einen Seite und sogenannten Chaoten, Populisten und Spinnern auf der anderen Seite. ... Bei der SPD hat sich so über viele Jahre der sogenannte Reformflügel durchgesetzt mit dem Ergebnis, dass sich Wählerschaft und Mitgliedschaft halbierten. Agenda 2010 und Kriegsbefürwortung zerstörten den Markenkern der SPD: Das Eintreten für soziale Gerechtigkeit und Frieden.

Die Grünen ... wurden nach demselben Muster beeinflusst und so zur staatstragenden Partei. Der ‚Realflügel‘ wurde gehätschelt, und die ‚Chaoten‘ und ‚Spinner‘ wurden immer wieder herunter geschrieben. Wie bei der SPD setzte sich der ‚Realflügel‘ durch. Aus einer Partei, die bei ihrer Gründung soziale Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit, Basisdemokratie und Umweltschutz auf ihre Fahne geschrieben hatte, wurde eine Partei, die die Agenda 2010 und Kriege befürwortet. ... Bei der neuen, erst zweieinhalb Jahre alten Partei DIE LINKE versuchen die Medien dasselbe Spiel. Sie preisen unermüdlich die sogenannten Reformer und Pragmatiker und polemisieren ständig gegen

angebliche Populisten, Fundamentalisten, Chaoten und Spinner. ... Der Markenkern der neuen Partei, der in der Bundestagswahl mit den Forderungen ‚Raus aus Afghanistan‘, ‚Hartz IV abwählen‘, ‚Mindestlohn gerade jetzt‘ und ‚Gegen die Rente ab 67‘ beschrieben wurde, begründete den Wahlerfolg der LINKEN.

Um diese unbestreitbare Tatsache kleinzureden und den Anpassungsdruck zu erhöhen wird behauptet, Wahlerfolge seien nur dann etwas wert, wenn sie auch zu Regierungsbeteiligungen führen. Einfache Gemüter kleiden diese Überzeugung in die Formel: Opposition ist Mist. Dass auch Regierung Mist sein kann, hat die SPD bei den letzten Wahlen schmerzlich erfahren. Sie enttäuschte in der Großen Koalition ihre Anhängerinnen und Anhänger erneut mit Mehrwertsteuererhöhung und Rente mit 67 und wurde dafür abgestraft. ...

Wenn es darum geht, das baldige Auseinanderfallen der Linken an die Wand zu malen, behaupten die Medien, wir hätten kein Programm, dabei haben wir neben dem Gründungsauftrag ein von allen Mitgliedern durch einen Mitgliederentscheid gebilligtes Programm, das sich leider ‚Programmatische Eckpunkte‘ nennt. ... Es ist aber eine hervorragende Grundlage unserer politischen Arbeit und braucht den Vergleich mit ähnlichen Programmen anderer Parteien nicht zu scheuen. Richtig ist, dass wir noch kein Grundsatzprogramm verabschieden konnten. ...

DIE LINKE wird ihre Stellung im Parteiensystem der Bundesrepublik festigen und weiter ausbauen, wenn sie sich klar von den Parteien, die Kriege befürworten und Hartz IV und die Agenda 2010 zu verantworten haben, unterscheidet.“

Wir haben also viel zu tun! Packen wir es an! Gemeinsam im fairen Streit um die Sache! *Maritta Böttcher, Jüterbog*

## Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



### Wettbewerb „Zivilcourage vereint!“ „Slowenien + Kroatien“ 2010

Unter dem Slogan „Zivilcourage vereint!“ soll eine alte Tradition neu benannt und zukünftig unter diesem Motto fortgeführt werden: Antifaschismus europaweit praktizieren, etablieren, honorieren. Unser alljährliches Engagement, über einen antifaschistischen Wettbewerb und eine anschließende Bildungsreise junge Leute zum kreativen und intelligenten Widerstand gegen neofaschistische, rassistische und fremdenfeindliche Aktivitäten zu ermuntern und ihr bereits bestehendes Engagement zu würdigen, geht in seine 6. Runde. Es geht um ein Lernen aus der Vergangenheit für das heutige Engagement gegen den wieder erstarkenden

Rechtsradikalismus. Wir wollen mit unseren Reisen an die Orte antifaschistischen Widerstandes junge Leute erleben lassen, wie Menschen in der Vergangenheit mutig und solidarisch unter Aufopferung ihres Lebens für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit eintraten. Ich unterstütze auch in diesem Jahr wieder dieses wichtige Projekt und würde mich über zahlreiche Wettbewerbsbeiträge Jugendlicher aus meinem Wahlkreis freuen. Zu gewinnen gibt es eine einwöchige Studienreise nach Slowenien und Kroatien im Herbst 2010. Im Mittelpunkt der Reise werden Begegnungen mit Zeitzeugen und Besuche von Orten des antifaschistischen Widerstandes stehen. Es wird aber auch genügend Gelegenheit geben, die beiden Länder von ihrer touristischen Seite kennenzulernen.

Wir wollen mit unserem Wettbewerb Euer Engagement gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus würdigen. Die phantasievollsten und kreativsten Wettbewerbsbeiträge, die bei uns eingehen, werden prämiert. Wir suchen Deine gewaltfreien, kreativen Ideen – ganz gleich, ob Du sie bereits umgesetzt hast und davon Bericht erstattest oder sie erst für unseren Wettbewerb kreierst. Schicke uns Deine künstlerische, journalistische, literarische Antwort auf rechtsextreme Propaganda. Informationen findet Ihr unter: [www.zivilcourage-vereint.de](http://www.zivilcourage-vereint.de). <

## Rosa-Luxemburg-Straße im Zossener Ortsteil Wünsdorf eingeweiht

Nachdem Namen von Kommunisten in den letzten Jahren von den Straßenschildern ostdeutscher Kommunen häufig verschwanden, wurde zur Jahreswende im Zossener Ortsteil Wünsdorf wieder eine Straße nach Rosa Luxemburg benannt. Der „Winkelweg“ und die „Fichtenstraße“ am ehemaligen Standortlazarett in Wünsdorf wurden in Rosa-Luxemburg-Straße umbenannt.

Auf Vorschlag der Zossener LINKEN hatte die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2009 mit großer Mehrheit die Umbenennung beschlossen, um mit Rosa Luxemburg eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte zu würdigen, die auch einen örtlichen Bezug hat.

In dem ehemaligen Standortlazarett von Wünsdorf wurde 1919 der Leichnam von Rosa Luxemburg obduziert. Zuvor, am 15. Januar 1919, wurde Rosa Luxemburg mit

Karl Liebknecht festgenommen und der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, einem Freikorps, übergeben. Rosa Luxemburg wurde schwer misshandelt und schließlich ermordet. Ihre Leiche wurde in den Berliner Landwehrkanal geworfen und dort erst am 1. Juni 1919 gefunden. Anschließend ließ die Reichswehrführung den Leichnam von Rosa Luxemburg nach Wünsdorf bringen, wo er am 3. Juni 1919 von namhaften Medizinern obduziert wurde. Am 13. Juni 1919 wurde Rosa Luxemburg schließlich in Berlin beigesetzt. Traditionell wurde am zweiten Sonntag im Januar an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vor 91 Jahren erinnert.

Der in Wünsdorf gefertigte Obduktionsbericht geriet jüngst in die Kritik. Michael Tsokos, Chef des Rechtsmedizinischen Instituts der Berliner Charité, stieß bei der Analyse des

Berichtes auf zahlreiche Ungereimtheiten und Widersprüche. Identifiziert wurde die Leiche schließlich von Mathilde Jacob, einer Freundin von Rosa Luxemburg, anhand von Sachen, die der Toten abgenommen worden waren. Insbesondere Kleiderreste, ein Paar Handschuhe und ein Medaillon führten zu der Überzeugung, dass es sich um Rosa Luxemburg handelte.

Der seit 2007 amtierende Institutsleiter wurde auf den Fall aufmerksam, nachdem er im Keller des Berliner Medizinhistorischen Museums eine weibliche Leiche ohne Kopf, Hände und Füße entdeckt hatte. Gerüchten zufolge sollte es sich um den Leichnam von Rosa Luxemburg handeln. Tsokos zweijährige Ermittlungen erbrachten jedoch bislang keinen Beweis für seine These. Der unbekannte Leichnam aus dem Keller soll nun beigesetzt werden.

*Carsten Preuß, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Zossen*

## Gemeinsam für das Wohl unserer Gemeinde

Bereits die vierte Wahlperiode hat die Fraktion DIE LINKE. den Vorsitz im Ausschuss für Schule, Kita, Jugend, Vereine und Senioren in der Gemeinde Niedergörsdorf. Dadurch konnte unsere Fraktion die positive Entwicklung in den letzten Jahren aktiv und erfolgreich begleiten. Obwohl wir eigene Akzente gesetzt haben, insbesondere im sozialen Bereich, gilt in unserer Arbeit stets das Aufeinanderzugehen. Gemeinsam mit den anderen Fraktionen alles für das Wohl der Bürger, für die kontinuierliche Ortsbildgestaltung zu tun, stand im Mittelpunkt unseres Auftretens in der Öffentlichkeit und in der Gemeindevertretung. In der nun schon 15-jährigen Tätigkeit haben wir besonders durch eigene Vorschläge und durch Unterstützung von Verwaltungsmaßnahmen optimale Bedingungen für die Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit in allen Ortsteilen geschaffen. Das Anliegen der Gemeindeverwaltung, eine jugendfreundliche Gemeinde zu sein, wurde von allen Fraktionen getragen.

In die Zukunft investieren, d.h. unsere fünf Kitas ständig materiell und inhaltlich weiter auszugestalten mit neuen pädagogischen Konzepten wie „Bewegungskita“, „Gesunde Ernährung“, Verbindung mit der Natur, enge Zusammenarbeit mit der Grundschule Blönsdorf auf die Qualitätsoffensive einzustimmen, fand die volle Zustimmung. Durch diese Geschlossenheit konnte in den letzten zwei Jahren das Projekt „Verlässliche Halbtagschule“ mit einer Investition von 1,5 Mio. Euro Realität werden. Optimale Lernbedingungen, breite Zustimmung aus der Bevölkerung, eine rege Arbeitsgemeinschaftstätigkeit durch die Einbeziehung örtlicher Betriebe, von Eltern und Senioren haben das Projekt zu einem Erfolg geführt.

Unsere Fraktion ist die treibende Kraft, über den Sozialausschuss den

Jugendlichen und Senioren die kostenlose Nutzung von Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. So konnte erst im Januar 2009 durch erhebliche Förder- und Eigenmittel der Neu- bzw. Umbau eines Jugend- und Sportlerheimes und eines Seniorenraumes im Ortsteil Zellendorf realisiert werden. Trotz anfänglicher Bedenken aus den anderen Fraktionen gab es ein einheitliches Votum. Gemeinsam für die Zukunft planen und nicht gegeneinander arbeiten ist das erfolgreiche Motto. Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Fördermitteln und eigenen Investitionen zahlt sich in der Gemeinde aus.

Durch die Koordinierung der Jugendarbeit auch mit anderen Gemeinden im Sozialraum wurde ein höheres Niveau erreicht. Durch die gemeinsame Teilnahme von Jugendlichen, Ortsvorstehern und der Verwaltung an mehreren runden Tischen konnten die Probleme auf den Tisch gelegt und Erfahrungen ausgetauscht werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Stellen der Jugendkoordinatorin und Jugendsozialarbeiterin auch in den nächsten Jahren erhalten bleiben. Gemeindevertretung und Verwaltung sind sich darin einig.

Der demographische Wandel macht auch um Niedergörsdorf keinen Bogen. Darauf haben wir uns eingestellt. Unser Ziel ist es, in allen Ortsteilen eine selbstbewusste Seniorenarbeit zu organisieren und die älteren Menschen mit einzubeziehen. Der Seniorenbeirat und Seniorenbeauftragte der Gemeinde trägt die Handschrift der „LINKEN“. Wir helfen, die Seniorenarbeit zu koordinieren, Anregungen für Angebote zu geben und selbst Höhepunkte zu schaffen. Bereits seit 15 Jahren bereiten wir die Zentrale Seniorenfeier für alle 22 Ortsteile vor, nutzen das reichliche kulturelle

Angebot der Gemeinde, insbesondere unserer Schule und Kitas, denn generationsübergreifende Arbeit ist in der Seniorenarbeit sehr wichtig. Die Senioren wollen nicht nur in ihrem Wohnbereich selbstbewusst und aktiv auftreten, sondern sich im gesamten Gemeindebereich austauschen können. Deshalb hat der Seniorenbeirat bereits ca. 60 Busfahrten mit 2.800 Teilnehmern organisiert. Wir wollen möglichst viele ältere Menschen einbeziehen, keinen allein lassen. Diesem Ziel dient auch das geplante „Fläminghaus“, wo Vorträge, Fahrdienste, medizinische Betreuung, Seniorennachmittage u.a. unter fachgerechter Anleitung angeboten werden. Senioren haben ein hohes Potenzial an Wissen und Erfahrungen. Deshalb arbeiten sie als AG-Leiter in der Grundschule mit, z.B. in den AG Schach, PC, Volkstanz, Vorlesenachmittage.

Alles für das Wohl unserer Kinder hat für uns Priorität. Deshalb haben wir im Sozialausschuss schon vor Jahren die Bezuschussung der Schüler- und Kitaverpflegung empfohlen. Alle Essen werden mit 0,64 Euro gestützt. Die Einschulungsbeihilfe in Höhe von 70 Euro wird weiterhin in den Haushalt eingestellt. Alle Einzuschulenden erhalten diesen Betrag in Sachwerten für den Schulbedarf. Ermäßigungen für Kinder, Schüler und Rentner für Theaterbesuche im „Haus“, Ermäßigungen für den Eintritt ins Freibad werden von allen Fraktionen getragen.

Deshalb halten wir im Sozialausschuss die Einführung eines Familien- und Sozialpasses nicht für nötig.

*Helmut Scheibe, Fraktion DIE LINKE. in der Gemeindevertretung Niedergörsdorf*

**Miteinander  
verändern!**

## Die NATO und der Kalte Krieg

Zum 12. Januar 2010 hatte DIE LINKE Teltow-Fläming in Luckenwalde zu einer Lesung mit Lothar Schröter über sein Buch „Die NATO im Kalten Krieg 1946 bis 1991“ eingeladen. Eine Lesung im eigentlichen Sinne konnte es nicht werden; in neun-jähriger Forschungsarbeit waren zwei dicke Bücher zu oben genanntem Thema entstanden. Aber der Verfasser verstand es ausgezeichnet, sich auf die Kerngedanken zu konzentrieren, auch Teilnehmerfragen zu beantworten. Wir erhielten manche neue Erkenntnis aus heutiger Sicht. Diese basiert auf einer umfassenden Quellenanalyse, dieses Thema betreffend.

Wir staunten nicht schlecht, als wir erfuhren, dass die führenden Politiker und Militärs der NATO-Staaten immer davon ausgegangen waren, dass von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern keine Kriegsgefahr drohe, weil die Russen keinen Krieg wollten. In der Öffentlichkeit tönte das ganz anders. Irgendwie mussten ja die Waffenproduzenten bei Laune gehalten werden. So sieht imperialistische Politik aus!

Die interne Sicht der NATO-Strategen auf die Angriffsgefahr seitens der Sowjetunion zieht sich wie ein roter Faden durch Geheimdokumente bis in die 80er Jahre. Es ist die Rede davon, dass die Sowjetunion die Entspannungspolitik weiterführe. 1983 wird behauptet, die Militärpolitik der SU sei nur auf einen „Antwortschlag“ ausgerichtet, nicht auf einen „Erstschlag“. Nach der „Wende“ wurde in 25.000 NVA-Dokumenten nach „Beweisen“ für Aggressionsabsichten des „Ostblocks“ gesucht – vergeblich. Sogar Bush jr. erklärte 2002 im Nationalen Sicherheitsrat der USA, der Gegner wolle nur den „Status quo“ erhalten.

Die von der NATO betriebene Hochrüstung hatte dennoch ihre Wirkung. Ihr Ziel, die ökonomische Destabilisierung des Sozialismus, ist erreicht worden. Schließlich trieb die

NATO, allen voran die USA, ständig ein „Spiel am Rande des Krieges“.

2. Der Kalte Krieg wurde durch die Gründung der NATO am 04.04.1949 institutionalisiert. Der Gegenblock, der Warschauer Vertrag, wurde erst 1955 gebildet.

3. Die NATO war die wichtigste Stütze des Kalten Krieges.

4. Mit ihrer Gründung begann die gigantischste Rüstungsspirale, nicht nur zwischen den beiden Militärblöcken, sondern weltweit. 2005 melden die USA, dass sie der Kalte Krieg 13 Billionen Dollar gekostet habe, das entspricht dem Wert des US-amerikanischen Sozialprodukts für ein Jahr. Wie vielen Armen hätte mit diesen verschleuderten Dollars geholfen werden können!?

Bis auf zwei Ausnahmen bestimmten die USA das Entwicklungstempo moderner Waffensysteme. Die erste Ausnahme war am 12.08.1953 die Zündung der ersten transportablen Kernfusionswaffe, die zweite am 04.10.1957 der Start von Sputnik I ins All (also die Interkontinentalrakete).

5. Die USA haben in der Zeit des Kalten Krieges Militärblöcke und Militärstützpunkte rund um die SU kristallisiert, 2.700 Militärstützpunkte befinden sich in 40 Ländern, heute noch.

6. Die NATO gilt als aktive Stütze des Kolonialismus, so wurden progressive Entwicklungen verhindert. 1999 führte sie als Militärblock den ersten Krieg gegen Jugoslawien.

7. Die NATO war Stütze der faschistischen Regime in Spanien und Portugal.

8. Die NATO spielte eine entscheidende Rolle gegen Systemveränderungen im Innern einiger Länder, z.B. 1967 beim Staatsstreich in Griechenland, der bis zur faschistischen Diktatur führte (bis 1974), beim Militärputsch am 11. September 1973 in Chile, bei der Unterstützung neofaschistischer Kräfte in Italien, gegen die „Nelkenrevolution“

am 25.04.1974 in Portugal.

Eigentlich fragt man sich, warum die NATO noch existiert, da sie ihren Zweck erfüllt hat. In der krisenhaften Entwicklung unserer Zeit, in der allein Deutschland mit 1,5 Billionen Euro verschuldet ist, besteht die Gefahr, dass der Staat seine Sozialaufgaben nicht mehr erfüllen kann. Die Militärausgaben könnten rigoros gekürzt werden, da sich Terror nicht mit Krieg bekämpfen lässt (s. Afghanistan). Hier müsste die NATO ein Diskussionsgremium sein, um sich menschlichen Fragen zuzuwenden, nicht kriegerischen. Ob sie es tut, hängt auch entscheidend von den linken Kräften in Europa, ja in der ganzen Welt ab. Danke an Lothar Schröter für diese umfassenden Einsichten.

*Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal*



Der Stadtverband DIE LINKE Ludwigsfelde und der Kreisverband DIE LINKE. Teltow-Fläming gratulieren auf diesem Wege unserer langjährigen Genossin, Paula Schreiber, zum 90. Geburtstag.

Ebenso möchten wir Dich, liebe Paula, zu einem ganz besonderen Jubiläum beglückwünschen: Seit nunmehr 60 Jahren bist Du Mitglied in unserer Partei. Sechzig Jahre Engagement, Einsatzbereitschaft und Kraft sind zu würdigen.

Liebe Paula, wir Hoffen, das Dein Wirken Vorbild für viele Genossinnen und Genossen sein wird. <

## Dresden mahnt!

Nachrichten und Ereignisse, die die Menschen aufschrecken und bewegen: 1937 schuf Pablo Picasso sein Gemälde „Guernica“, das die Vernichtung dieser spanischen Stadt und ihrer 15.700 Einwohner durch die Legion Condor, einen Verband der deutschen Wehrmacht, darstellt. 1940 wird Coventry, Stadt im mittleren England mit ca. 300.000 Einwohnern, durch deutsche Luftangriffe stark zerstört. Von der gotischen Kathedrale bleiben nur Trümmer übrig.

Rotterdam, die zweitgrößte Stadt der Niederlande und größter Umschlaghafen der Welt, wird durch deutsche Fliegerangriffe stark zerstört. Deutsche Flugzeuge werfen Bomben auf London. 1939 und 1941 unterstützt die deutsche Luftwaffe aktiv die faschistischen Armeen und bombardiert u.a. die Städte Warschau und Minsk. Diese Reihe lässt sich beliebig fortsetzen.

Ab 1941/42 sind es die deutschen Städte, die dem Bombenterror ausgesetzt sind. Welche soll ich nennen? Berlin, Würzburg, Potsdam, Nordhausen, Halberstadt, Städte des Ruhgebietes, Dresden? Viele, viele bleiben ungenannt.

An dieser Stelle auch einige persönliche Erlebnisse: Meiner Großmutter verbrannte in Berlin alles, sie rettete das bloße Leben. Vom Siedlungshäuschen meines Onkels in Berlin blieb nur ein leerer Bombentrichter. Der Betrieb meines Vaters bei Eisenach wurde 1944 stark zerstört, was wir aus drei Kilometer Luftlinie in der Septembersonne mit ansehen mussten. Ich erinnere mich mit besonderer Intensität an den blutroten nächtlichen Himmel über dem brennenden Kassel, den ich als zehnjähriges Kind aus der Entfernung sah.

Dann, als das Ende des Krieges schon fast abzusehen war, diese fürchterlichen Angriffe am 13./14. Februar 1945 auf Dresden. Sie kosteten Zigtausende Menschen das

## Herzliche Glückwünsche

Edith Mieke in Rangsdorf zum 81. Geburtstag am 15.02.  
 Klaus Wetzel in Schönefeld zum 72. Geburtstag am 19.02.  
 Margarete Schwarz in Luckenwalde zum 86. Geburtstag am 20.02.  
 Renate Ehlert in Luckenwalde zum 66. Geburtstag am 21.02.  
 Hans-Dietrich Werner in Luckenwalde zum 79. Geburtstag am 22.02.  
 Arno Wendt in Jüterbog zum 81. Geburtstag 26.02.  
 Ruth Gatzka in Ludwigsfelde zum 87. Geburtstag am 27.02.  
 Günter Gutsche in Luckenwalde zum 74. Geburtstag am 02.03.  
 Christa Saß in Rangsdorf zum 76. Geburtstag am 03.03.

**Fritz Steinbach in Luckenwalde zum 80. Geburtstag am 22.02.**  
**Erika Mehlfeld in Mahlow zum 70. Geburtstag am 22.02.**

Leben. Unwiederbringliche Kunstschätze und Architekturdenkmäler des „Elbflorenz“ versanken in den Flammen.

Erich Kästner schreibt: „Das, was man früher unter Dresden verstand, existiert nicht mehr. Man geht hindurch, als liefe man im Traum durch Sodom und Gomorra. ... In dieser Steinwüste hat kein Mensch etwas zu suchen, er muß sie höchstens durchqueren. ... Fünfzehn Quadratkilometer Stadt sind abgemäht und fortgeweht.“

Jeder von uns kennt Schilderungen

von Überlebenden. Fast jeder von uns war in Dresden und hat inmitten der Stadt, die im Wiederaufbau war, die Ruine der Frauenkirche inmitten von Trümmern, aus denen schon Gras wuchs, gesehen. Es war die jedem verständliche, unüberhörbare und unübersehbare Mahnung: Nie wieder Krieg!

Auch die inzwischen (2005) wunderbar wieder aufgebaute Frauenkirche vermittelt uns die Botschaft und mahnt uns alle: Nie wieder Krieg, nirgends auf der Welt!

*Christa Zernick, Am Mellensee*

## Nun erst recht, gerade jetzt!

Seit einigen Wochen schießen sich die bürgerlichen Medien auf DIE LINKE ein – nicht inhaltlich, sondern personell. Offensichtlich haben wir ihnen eine Steilvorlage geliefert, die sie nicht ungenutzt lassen konnten.

Diese Tatsache ärgert mich in mehrfacher Hinsicht: Statt mit Inhalten zu punkten, erschweren wir besonders den Genossen in NRW ihren Landtagswahlkampf. In Vorbereitung des Bundesparteitages in Rostock, auf dem es ja auch um ein neues Parteiprogramm geht, vergeuden wir unsere Kraft mit Personaldebatten, tun uns gegenseitig weh, und das in aller Öffentlichkeit. Wie verantwortungsbewusst entschieden werden kann, zeigt die Mitteilung, dass Dietmar Bartsch bis zum Rostocker Parteitag seine Aufgaben als Bundesgeschäftsführer erfüllen wird. Der von Gregor Gysi so scharf Kritisierte ist mit überzeugender Mehrheit zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion gewählt worden (über 80%). Er wird also weiterhin gebraucht. An der Debatte stört

mich die Art und Weise, wie kritisiert wird.

Die Genossen des Luckenwalder Gebietes haben sich schon vor Jahren zu diesem Thema verständigt. In einer pluralistischen Partei wird es immer Meinungsverschiedenheiten geben. In Gesprächen miteinander und nicht nur übereinander sollten diese ausgetragen werden. Denn: Der Genosse, die Genossin an meiner Seite ist für mich Mitstreiterin, Mitkämpferin, nicht mein Gegner. Also sollten wir immer nach Gemeinsamkeiten suchen, und davon gibt es sicher genug.

Wenn sich jetzt Oskar Lafontaine aus gesundheitlichen Gründen aus der Bundespolitik zurückzieht und auf den saarländischen Landtag konzentriert, reißt er eine Lücke, die durch andere Genossen gefüllt werden muss und wird.

Das heißt auch für uns an der Basis, unsere politische Arbeit möglichst gut zu gestalten, um als LINKE weiterhin von den Bürgern wahrgenommen zu werden. Rückzug ist am falschen Platz. Miteinander geht es immer leichter.

*Ingrid Köbke*

**DIE LINKE. aktiv****In Ludwigsfelde***Die fleißigen Helferinnen*

Viele fleißige Hände sind - meist im Hintergrund - in unserem Kreisverband tätig; ob bei Frauentagsfeiern, Osterhasen- oder Zuckertütenfesten, Konzerten, Gesprächsrunden, Weihnachtsfeiern oder am 1. Mai. Grund genug, auch im *LinksBlick* von Zeit zu Zeit einige Beispiele vorzu-stellen:

In Ludwigsfelde leben inzwischen 350 Kinder in Armut. Seit etlichen

Jahren organisieren die "Weihnachtengel des Ludwigsfelder Frauenstammtisches" für bedürftige Kinder im Kulturhaus Ludwigsfelde eine Weihnachtsfeier. Im vergangenen Jahr fand sie am 10. Dezember statt. Es haben sich fast 200 Kinder angemeldet - d. h. es wurden 200 Weihnachtspäckchen gebraucht. Die Einwohner von Ludwigsfelde waren zur Spende aufgerufen. DIE LINKE. Ludwigsfelde beteiligte sich ebenfalls an dieser Aktion - mit 44 Päckchen. Auf den Fotos sind die Genossinnen Elisabeth Barsch und Dr. Renate Klettke, beim Einpacken zu sehen.

*Angelika Linke, Ludwigsfelde*

**Termine**

**08.02.10 18.30 Uhr**

Koordinierungsrat  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**10.02.10 14.00 Uhr**

Redaktionssitzung LinksBlick  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**22.02.10 19.00 Uhr**

Kreisvorstand  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**01.03.10 18.30 Uhr**

Treffen BO-Vors. Gebiet Zossen  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**03.03.10 15.00 Uhr**

Frauentagsfeier Luckenwalde  
Genossenschaftliche Begegnungsstätte „WÜST“

**04.03.10 17.30 Uhr**

Beratung Regionalvorstand  
Geschäftsstelle Jüterbog

**IMPRESSUM**

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel.: 0 33 71/63 22 67, Fax: 63 69 36,  
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel.: 0 33 72/43 26 91, Fax: 44 30 33, 14974  
Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53

Spendenkonto: 363 302 74 15,

BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 13.02. 2010, der nächsten Ausgabe: 10. März 2010

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Tina Senst

E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

Wir trauern um  
unsere Genossin

**Freia Heimerdinger**

Wir werden ihr Andenken  
in Ehren halten.

Kreisverband DIE LINKE.  
DIE LINKE. TF Ludwigsfelde

Tief bewegt haben wir die  
Nachricht vom Ableben unseres  
Genossen

**Walter Odebrecht**

erhalten.

Ehre seinem Andenken.

Kreisverband DIE LINKE.  
DIE LINKE. TF Mahlow

Unser Genosse

**Manfred Wagenknecht**

hat uns für immer verlassen.

In stillem Gedenken.

Kreisverband DIE LINKE.  
DIE LINKE. TF Jüterbog